

# Links.Blick.

Die linke Zeitung für Cottbus und Spree-Neiße

www.dielinke-lausitz.de

Jahrgang 2023/27.01, Ausgabe 02

**Cottbuser SW:** Öffentliche Toiletten und ein muslimischer Friedhof **S.3**

**Lausitzrunde:** bei der Linksfraktion im Bund zu Gast **S.2**

## Eskalationsspirale durchbrechen Verhandlungen statt Panzer!

Die Bundesregierung hat entschieden, Leopard 2 - Panzer an die Ukraine zu liefern. Die ukrainische Regierung wünschte sich das. DIE LINKE lehnt Waffenlieferungen an die Ukraine ab.

Der Krieg muss sofort beendet werden, Russland muss die Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Die Ukraine hat das Recht auf Selbstverteidigung gegen den Angriff Russlands. Aber mehr Waffenlieferungen werden nicht zu einem Ende des Krieges führen – das geht nur mit Verhandlungen und Diplomatie. Stattdessen steigt die Gefahr, dass der Krieg eskaliert und sich weiter hinzieht: Mit immer mehr Toten und mit immer mehr Verwüstung. Ein langer Krieg verbraucht viel Material. Das ist gut für die Rüstungsindustrie. Für die Menschen be-

deutet das: unendliches Leid. Wenn auch der größte Panzer der Welt nicht zum Sieg der Ukraine führt, was wird als Nächstes gefordert? Kampfjets? Soldat\*innen? Wir sagen: Raus aus der Eskalation! Mehr Waffen schaffen keinen Frieden. Stattdessen müssen die Kriegsparteien zu Verhandlungen gedrängt werden.

- DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, keine Leopard 2-Panzer und keine schweren Waffen in die Ukraine zu liefern.
- EU und Bundesregierung müssen diplomatische Initiativen starten, um aus der Logik von Krieg und Eskalation auszubrechen.
- Waffenstillstandsverhandlungen müssen unter dem Dach der Vereinten Nationen beginnen.

- Alle Seiten müssen garantieren, dass sie keine Atomwaffen einsetzen werden.
- Deutschland muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.
- Humanitäre Hilfe für die Ukraine. Die Schulden müssen erlassen werden.
- Schnelle Hilfe für alle Geflüchteten. Kriegsdienstverweigerer aus Russland und der Ukraine müssen Asyl bekommen.
- Die Rüstungskonzerne machen Extraprofite mit dem Krieg. Diese Profite müssen mit einer Übergewinnsteuer belegt werden!
- Die EU muss ein Vermögensregister einführen, um Geldwäsche und Vermögen der russischen Oligarchen besser anzugreifen.
- Militarisierung stoppen! Der Ukrainekrieg wurde bereits genutzt, um die Bundeswehr mit 100 Mrd. Euro aufzurüsten. Jetzt beginnt das Jammern über die angeblich „kaputtgesparte“ Bundeswehr erneut und im Gespräch sind 300 Mrd. Euro fürs Militär. Was für ein Wahnsinn! An die kaputtgesparten Kliniken und die maroden Schulen denkt die Bundesregierung stattdessen nicht.

DIE LINKE steht gegen Eskalation, Waffenlieferungen und Aufrüstung - für Frieden und Völkerrecht. Lasst uns gemeinsam stark machen für Verhandlung, Abrüstung und Entspannungspolitik!

[www.die-linke.de/mitmachen](http://www.die-linke.de/mitmachen)



Die bisherige Strategie der Bundesregierung, um Putin an den Verhandlungstisch zu zwingen, folgt einem militaristischen Tunnelblick. Das Ergebnis ist ein politischer Totalausfall. Statt Scharfstellung der Sanktionen gegen Putins Oligarchen und diplomatischen Initiativen mit der EU, um über Länder wie Indien und China den Druck auf Putin zu erhöhen, entsendet man immer mehr Offensivwaffen. Das erhöht die Gefahr einer weiteren internationalen Eskalation und setzt auf einen langen Abnutzungskrieg, von der vor allem die Rüstungskonzerne profitieren. Je länger sich dieser Krieg noch hinzieht, desto höher werden seine schrecklichen menschlichen und gesellschaftlichen Kosten für die Ukraine und in Europa.

Nach dem Marder ist vor dem Leopard 2. Wenn man sich das Säbelrasseln einiger Politiker anschaut, muss man befürchten, dass es nicht lange dauert und wir über Kampfhubschrauber und die Entsendung von Soldaten streiten werden. Ich bin sehr besorgt über die aktuelle Debatte und frage mich, wo das hinführen soll. Dieser verbrecherische Krieg Russlands gegen die Ukraine muss beendet werden. Aber es ist bestürzend, dass es schon wieder nur die Forderung nach noch mehr und noch schwereren Waffen ist, die die Diskussion in unserem Land beherrscht. Ich würde mir wünschen, dass mit diesem Engagement endlich einmal die Möglichkeiten für diplomatische Initiativen und zielgerichtete Sanktionen diskutiert würden.

*Martin Schirdewan,  
Parteivorsitzender DIE LINKE*

**Panzer für den Frieden?**  
**Wege aus dem Krieg  
in der Ukraine**

**Gespräch & Diskussion  
mit Jan van Aken**  
**23.02.2023  
18 Uhr**  
**Café MANGOLD Cottbus**

**Plan B** **ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BRANDENBURG** **Land Brandenburg e.V.**

Club Mangold, A.-Bebel-Straße 22, Cottbus  
Aus Platzgründen bitten wir dringend um Vorrangreservierung per E-Mail: [cottbus@dielinke-lausitz.de](mailto:cottbus@dielinke-lausitz.de)!!!

# Lausitzrunde zu Gast in der Linksfraktion im Bund

## Nachbesserung bei Strukturhilfen gefordert



Dabei waren: Christine Herntier (Spremberg), Simone Taubenek (Forst), Fred Mahro (Guben), Torsten Pötzsch (Weißwasser) und Torsten Ruban-Zeh (Hoyerswerda)

„Seit vielen Jahren pflegen wir einen engen Austausch mit den Oberbürgermeistern, Bürgermeister:innen und Landräten der Lausitz beim Thema Strukturwandel. Deshalb freuen wir uns sehr, dass sechs Vertreter:innen der Lausitzrunde heute unserer Einladung zur Fraktionssitzung der Linksfraktion nachgekommen sind.“ erklären Caren Lay und

Christian Görke, beide Abgeordnete aus der Lausitz, anlässlich der heutigen Sitzung der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag. Die Linksfraktion hat bereits einen Antrag mit dem Titel „Sicherheit und Klarheit beim Strukturwandel in der Lausitz“ in den Bundestag eingebracht. Dieser war Grundlage der gemeinsamen Beratung mit der Lausitzrun-

de in der Fraktion und soll demnächst im Bundestag verhandelt werden. Auch ist eine öffentliche Anhörung zum Antrag geplant, in der Vertreter:innen der Lausitzrunde als Expert:innen geladen werden sollen.

Lay weiter: „Wir sehen als LINKE an vielen Stellen Nachbesserungsbedarf beim Kohleausstieg und Strukturwandel. Und wissen uns dabei einig mit den Vertretern der kommunalen Ebene aus den betroffenen Gebieten. Besonders wichtig sind uns der Vorzug der Förderperioden und eine Kernbetroffenheits-Quote. Und wir wollen den Strukturwandel gerechter gestalten, in dem wir alle betroffenen Arbeitnehmer:innen, also auch diejenigen aus Subunternehmen, mit Anpassungsgeld und Hilfe zur Neuori-

entierung unterstützen. Es muss mehr für die Förderung nachhaltiger Industriearbeitsplätze getan werden.“

Görke ergänzt: „Mit unserem Antrag finden zentrale Forderungen der Lausitzrunde – und damit der maßgebenden Akteure im Strukturwandel aus den Revieren – Eingang in den Bundestag: so zu den direkten Mitteln für Planungskapazitäten in den Kommunen. Gleichzeitig korrigieren wir bislang vorhandene Fehler. So fordern wir, dass die JTF-Mittel zu 100% in die Reviere fließen und nicht im Bundeshaushalt versickern. Wichtig ist aber vor allem, dass bei den Schieneninfrastrukturprojekten in der Lausitz die Schleichfahrt beendet wird und wir aus dem Schnecken tempo beim Ausbau herauskommen!“

pr

## Solidarität mit Iraner:innen - Anke Schwarzenberg, MdL übernimmt Patenschaft

WWW.HENGAW.NET



ESMAEIL SHAIKHI



KURDISTAN ON STRIKE

Seit der Ermordung von Mahsam Amini durch die Sittenpolizei, findet im Iran eine Revolution ge-

gen die Unterdrückung durch das Mullah-Regime statt. Die anhaltenden Massenproteste, Streiks

und Widerstände werden vereint von verschiedenen Teilen der iranischen Gesellschaft getragen. Gemeinsam fordern sie ein selbstbestimmtes Leben in Würde und Freiheit für alle Menschen. Mit allergrößter Brutalität versucht das Mullah-Regime die Revolution zu zerschlagen. Die ausgesprochenen Todesstrafen richten sich laut Menschenrechtsorganisationen auffallend stark gegen besondere Minderheiten wie Belutsch:innen, Kurd:innen, queere Menschen, FLINTAS\* und Aktivist:innen. Alleine im Jahr 2022 wurden mindestens über 300 Hinrichtungen im Iran durchgeführt, Menschenrechtsorganisationen sprechen von einer wesentlich höheren Dunkelziffer.

Angesichts der akuten Gefahr haben zwei Aktivist:innen des Kollektivs Woman Life Free-

dom ein Patenschaftsprogramm für inhaftierte Oppositionelle ins Leben gerufen.

Mehr als 80 Abgeordnete der LINKEN aller Parlamentsebenen haben sich bisher der Aktion angeschlossen und übernehmen konkrete Patenschaften für inhaftierte Oppositionelle und zum Tode verurteilte Menschen im Iran. Ziel ist es, durch öffentliche Aufmerksamkeit Hinrichtungen im Iran zu verhindern und die Freilassung der Inhaftierten zu erreichen. So schrieb Anke Schwarzenberg dem iranischen Botschafter Farazandeh, um zu erfahren, welche Haftgründe vorliegen, wie es Esmail Shaikhi geht und fordert Iran auf, ihm einen unabhängigen Rechtsbeistand zu gewähren. Zudem bittet sie um den Zugang der Familie zum Inhaftierten.

Esmail Shaikhi kommt aus Bukan und wurde am 11. Januar 2023 von Angehörigen des iranischen Geheimdienstes festgenommen. Es ist nicht bekannt, wohin er anschließend gebracht wurde. Seitdem gibt es keinerlei Informationen über seinen Zustand. Auch ist nicht bekannt, welche Gründe zu seiner Verhaftung geführt haben.

## Cottbus: Zwei Anträge als Instrument der Kommunalpolitik

„Von Nix kommt Nix – also ran!“ das war der Lieblingsslogan eines Kollegen von mir. In zwei, im Grunde einfachen und verständlichen Forderungen aus der Stadtgesellschaft, geht es seit Jahren nicht vorwärts in Cottbus.

### Öffentliche Toiletten

Im Fall Nummer eins sind es schon fast Jahrzehnte. Etwas ältere Cottbuserinnen und Cottbuser können sich noch an die „U-Bahn“ am heutigen Brandenburger Platz erinnern oder an die öffentlichen Toiletten im Erdgeschoss des heutigen „Stadtwächters“. Gut – diese Einrichtungen würden nicht mehr den heutigen Ansprüchen genügen. Ja – aber gar keine Toiletten im öffentlichen Raum sind nun auch keine hilfreiche Lösung wenn`s pressiert. Die

Nachwendeautomatentoiletten an einigen Standorten sind den fehlenden Haushaltsmitteln zum Opfer gefallen. Es ist aber ein unhaltbarer Zustand, auch Besuchern unserer Stadt schwer zu erklären. Eher gilt das Wort „peinlich“. Der Seniorenbeirat und der Beirat für Menschen mit Behinderungen haben es immer wieder moniert. Die Fraktion DIE LINKE hat es aufgegriffen und einen Antrag dazu erarbeitet, den auch die Fraktion AUB als Miteinreicher unterschrieben hat. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bis zum Sommer ein Konzept zur Lösung des Problems vorzulegen, einschließlich der Einbeziehung städtischer Unternehmen und selbstverständlich auch barrierefrei. Der Hauptausschuss hatte entschieden, dass dieser Antrag, ohne Diskussion in den

Ausschüssen, sofort in der Stadtverordnetenversammlung entschieden werden soll. Er wurde am 25. Januar einstimmig beschlossen

### Muslimischer Friedhof

Das zweite Thema ist jüngerer Natur, aber auch schwerwiegend. Der Beirat für Integration und Migration hat sich damit befasst. In Cottbus leben etwa 4000 Menschen muslimischen Glaubens. Hier stehen die Fragen der zunehmenden Integration in unser städtisches Leben. Zum Leben gehört aber auch der Tod. Die muslimische Religion schreibt bestimmte Bestattungsregeln vor. In Deutschland ist die Religionsfreiheit im Grundgesetz geregelt. Zur Religionsausübung gehören auch Bestattungsrituale. Berlin und Dresden haben

signalisiert, dass sie diese Aufgabe aus Kapazitätsgründen nicht mehr übernehmen können. Sie haben bisher geholfen. Seit etwa zwei Jahren beschäftigt sich die Stadtverwaltung mit dieser Aufgabe. Bisher ohne Erfolg. Vielleicht gilt hier der alte Spruch: „Wer etwas nicht will, findet Begründungen. Wer etwas will, findet Wege.“ Auf jeden Fall ist auch dieser Zustand peinlich und im Grunde auch schädlich für die Integrationsbemühungen. Das wiederum ist grundsätzlich schädlich für unsere Stadt. Hier hat die Fraktion DIE LINKE, flankiert von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD, einen Antrag eingebracht, in dem der neue Oberbürgermeister gebeten wird, das Thema zeitnah zu regeln.

*Eberhard Richter  
Stadtfraktion Cottbus*

## NIEMALS WIEDER! Gedenken zum 15. Februar

Der 15. Februar ist in Cottbus ein Tag des Gedenkens an die Schrecken und die Zerstörungskraft des 2. Weltkrieges. Viele Menschen mussten ihr Leben lassen, mehrere Tausend Cottbuser:innen und Geflüchtete verloren Obdach sowie Hab und Gut, als kurz vor Kriegsende durch Bomben weite Teile der Stadt in Schutt und Asche gelegt wurden.

### Veranstaltungen des Cottbuser Aufbruch zum 15. Februar

Thematische Führungen im Stadtmuseum

#### 10 – 15 Uhr „Cottbus in Flammen – der 15. Februar 1945“

Zielgruppe: Schüler:innen und Student:innen sowie alle Interessierten, Ort: Stadtmuseum, Bahnhofstr. 22

Die Hintergründe und die Wichtigkeit dieses Datums als Gedenktag soll Schüler:innen durch dieses Projekt bewusst gemacht werden. Nach einer kurzen Impulsführung durch

die Dauerausstellung und den ehemaligen Luftschuttkeller des Sparkassengebäudes setzen sich die Schüler:innen mit verschiedenen Zeitzeugenberichten auseinander. Dabei werden sie begleitet von originalen Objekten der Zeit und historischen Aufnahmen der Stadt Cottbus

(Kosten: 1 Euro p.P., Dauer: ca. 90 Minuten). Für dieses Angebot ist eine Anmeldung notwendig. Bitte per E-Mail an robert.bueschel@cottbus.de

#### 15 Uhr „Cottbus – die Jahre bis zum 15. Februar 1945“

Zielgruppe: alle Interessierten  
Ort: Stadtmuseum, Bahnhofstr. 22  
Anlässlich des Jahrestages des Luftangriffes auf die Stadt Cottbus werden in einer kurzen Führung durch die Ausstellung im Stadtmuseum die späten zwanziger Jahre und die Zeit der NS-Diktatur vorgestellt. Dabei richtet sich der Blick auf die Weltwirtschaftskrise und die nationalsozialistische Diktatur. Beschrieben

wird einerseits der Weg in den Krieg, andererseits aber auch die Verfolgung und Ermordung Andersdenkender (Eintritt frei). Um Anmeldung unter der Email stadtmuseum@cottbus.de oder per Telefon 0355 612 2460 wird gebeten.

#### Stadtführung

16 Uhr „Täterorte in Cottbus – Weg zu vier zentralen Orten nazistischer Machtübernahme“ – Treffpunkt: Altmarkt/Bühne für alle Interessierten

Bei dieser Führung werden Cottbuser Orte aufgesucht, an denen für die Machtergreifung und spätere Unterstützung des Hitler-Regimes maßgebliche Entscheidungen getroffen und Schlüsselpersonen gearbeitet haben.

#### Abschlusskundgebung

17 – 18 Uhr Kundgebung und Gedenken auf dem Altmarkt

Auch in diesem Jahr gedenken wir am Jahrestag der

Bombardierung von Cottbus/Chósebez, den Schrecken des Krieges, Gewalt, Zerstörung und die Ursachen. Die mörderische Ideologie des Nationalsozialismus, Größenwahn, Rassismus und Antisemitismus haben unermessliches Leid über die Menschen gebracht. Deshalb ist dieser Tag auch Anlass zur Rückbesinnung auf die Menschenwürde und die demokratischen Werte, auf denen unser friedliches und soziales Zusammenleben beruhen.

#### Zusätzliche Angebote

11:45 Uhr Gedenkandacht  
Ort: Lutherkirche und Glockenläuten.

„Erinnern vor Ort – 1933 Cottbus“  
Ein Audiowalk des Projektes Brandenburg 33 „Erinnern vor Ort – 1933 Cottbus“ führt in gut 60 Minuten zu verschiedenen Plätzen in der Stadt, die die Geschichte der Machtübertragung an die NSDAP im Jahr 1933 anhand von ausgewählten Tagesereignissen erzählt.

## TERMINE

**08.02./15.02.**

**Politischer Kaffeepausch**

von 15 - 17 Uhr, Cottbus, Geschäftsstelle

**17.02. Bürgersprechstunde**

**Anke Schwarzenberg**

10 Uhr, Cottbus, Geschäftsstelle

**23.02. PLAN B** in Zusammenarbeit mit der Linksfraktion Brandenburg mit **Jan van Aaken**

Gespräch & Diskussion ab 18 Uhr im Café MANGOLD, August-Bebel-Str. 23, Cottbus

**Panzer für den Frieden? Wege aus dem Krieg in der Ukraine**

Seit Beginn des Krieges Russlands gegen die Ukraine vor einem Jahr stellt sich die Frage, wie sich Friedenperspektiven und Solidarität mit den Menschen in der Ukraine verbinden lassen und welche konkreten politischen Forderungen daraus folgen könnten: Wie lässt sich Solidarität auch zivil denken, ohne gleich 100 Milliarden für die Bundeswehr auszugeben oder Waffen bzw. Panzer nach Kiew zu liefern? Welche möglichen Lösungen gibt es für diesen Krieg? Und wie kann eine künftige Friedensordnung für Europa jetzt noch aussehen?

Mit Jan van Aken wollen wir in dieser Veranstaltung der Frage nachgehen, was Deutschland tun könnte, um den Menschen in der Ukraine und in ganz Europa eine friedliche Perspektive zu sichern.

**25.02. Bürgerbrunch mit Katharina Slanina** Thema: Bürgergeld

11:00 Uhr, voraussichtlich Begegnungsstätte der Volkssolidarität Cottbus/Sandow

**30.01. Stadtrundgang**

**„Cottbus 1933“**

Zeitzeugen

Wir erleben gemeinsam den Audio-walk des Aktionsbündnis Brandenburg

15:00 Uhr, Geschäftsstelle der LINKEN, Ostrower Straße 3 in Cottbus

**Büroöffnungszeiten**

Dienstag bis Donnerstag 10 - 16 Uhr

Dienstag: Kassentag

Mittwoch: Soziale Bürgerberatung 11 - 13 Uhr

jederzeit per E-Mail [info@dielinke-lausitz.de](mailto:info@dielinke-lausitz.de)

Tel: 0355 - 22 44 0

im Netz: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)

## Lützi bleibt

### Cottbuser Aktivist berichtet

Das Dorf Lützerath ist das letzte, das dem rheinischen Braunkohlerevier weichen soll. Die darunter liegenden 280 Mio Tonnen Braunkohle würden für die Versorgungssicherheit benötigt, behauptet der Energieriese RWE. Unabhängige Studien widersprechen dieser Darstellung und stellen fest, dass bei Inanspruchnahme solcher Mengen der deutsche Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens nicht einzuhalten sei. Gegen die Abaggerung regte sich massiver zivilgesellschaftlicher Protest. Auch ich bin nach Lützerath gefahren und möchte euch von meinen Erfahrungen berichten.

Los ging es für mich am 6. Januar. Ich kam abends im Camp Keyenberg an. Am frühen Morgen ging es nach Lützerath. Wenige Tage zuvor hatten die Aktivist\*innen vor Ort den Tag X ausgerufen. Überall um das Dorf herum liefen Arbeiten, um die Räumung vorzubereiten. Auch im Dorf wurden fleißig Barrikaden und Hindernisse, Baumhäuser und Hochsitze aus einem oder drei Baumstämmen gebaut, den sogenannten Mono- und Tripods. Diese stellen für die Polizei eine Herausforderung dar, da sie nur mittels Hebebühne von der sog. „technischen Einheit“ geräumt werden dürfen - eigentlich. Wie mir später berichtet wurde, soll die Polizei in Lagerhallen die Tore zu- und somit die Presse ausgesperrt haben, um in Ruhe die Kettensäge ansetzen zu können, während sich noch Menschen auf den Strukturen befanden.

Erstmals über Gewalt berichtete die Presse am 08. Januar. Ein Konzert der Band AnnenMayKantereit musste aufgrund von Rutschgefahr auf eine Fläche vor dem Dorf verlegt werden, die die Polizei zuvor als Parkplatz nutzte. Diese wollte man nicht bereitwillig zurückgeben, sodass die Polizei die verbliebenen Menschen mit Gewalt zurückdrängte.

Am 11. Januar begann schließlich die Räumung. Die Polizei positionierte sich zunächst im Süden des Dorfes entlang ihrer eigenen Infrastruktur. Dort wurde auch ich in einer kleinen Gruppe eingekesselt und musste das Dorf als eine der ersten Personen freiwillig verlassen. Ich konnte nur mitnehmen, was ich am Laibe hatte. Mir wurde zugesichert, ich könnte die Sachen in wenigen Tagen abholen. Inzwischen wurden sie an RWE übergeben und der Konzern hat angekündigt, Aktivist\*innen auf Schadensersatz zu verklagen. Dass ich irgendetwas davon wiedersehe, ist also höchst unwahrscheinlich.



Die Polizei betrat das Dorf von verschiedenen Seiten und konnte so schnell Kontrolle über das Gebiet erlangen, die einzelnen Häuser wurden nach und nach geräumt. Zwei Aktivist\*innen hatten sich in einen selbst gegrabenen Tunnel begeben. Dies wurde als Rettung deklariert, sodass die Polizei THW und RWE-Werkfeuerwehr vorschicken konnte. Sie verließen am 16. den Tunnel.

Am 14. Januar fand schließlich die Großdemo statt, an der 35.000 Menschen teilnahmen. Die Polizei hatte das komplette Dorf doppelt umzäunt und verhinderte mit Schlagstöcken, Pfefferspray und Wasserwerfern jegliches Durchkommen.

Am letzten großen Protesttag war die Presse voll mit Greta Thunberg. Ich habe an einer anderen Aktion teilgenommen, jedoch ist bemerkenswert, was mit den übrigen Menschen passiert ist, die sich mit Greta im Polizeikessel befanden: Sie wurden in Busse gesetzt und ihnen wurde gesagt, man würde sie zurück ins Camp fahren. Stattdessen ging es eine Stunde lang in die Eifel, wo sie in zwei Kleinstädten am Bahnhof abgesetzt wurden. Die Schaffner\*innen reagierte auf die 80-köpfige Gruppe ohne Ticket kulant.

In all diesen Tagen sah ich immer wieder, wie die Polizei in einem Maß Gewalt anwendete, dass auf die Situation bezogen unangemessen schien. Zusätzlich gab es innerhalb der Einheiten regelmäßig Einzelpersonen, die weit über das durch ihre Kolleg\*innen gezeigte Maß hinausgingen und durch brutales Eingreifen Menschen in Gefahr brachten. Komplementiert wurde das „deeskalierende Verhalten“ durch „Verpiss dich“-Rufe und Beleidigungen aus den Polizeiketten heraus.

Lützerath ist geräumt, doch der Kampf für eine lebenswerte Zukunft geht weiter. Während die Grünen den Deal mit RWE ausgehandelt haben, der die Zerstörung von Lützerath ermöglicht, hat sich DIE LINKE als verlässlicher Partner gezeigt und die Proteste in der Öffentlichkeit, im Parlament und vor Ort unterstützt. Wir werden auch weiter nicht vor Konzernen und ihren Interessen zurückschrecken!

*Konstantin Gorodetsky*

Bürgersprechstunde

17. Februar  
ab 10 Uhr

Liebe Cottbuser\*innen,  
als Lausitzer Abgeordnete  
freue ich mich sehr auf  
ihre Fragen und Themen!

Anke Schwarzenberg, Mdl.  
Sprecherin für Strukturwandel  
Lausitz, ländliche Entwicklung,  
Regionalplanung und  
Raumordnung

GS DIE LINKE Lausitz  
Ostrower Str. 3  
03046 Cottbus


